

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 105. Ratssitzung vom 26. August 2020**

### **2810. 2020/257**

**Dringliches Postulat von Markus Baumann (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 17.06.2020:**

**Zeitlich begrenzte berufliche Grundbildungsmassnahmen zur Vorbeugung von Jugendarbeitslosigkeit**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Markus Baumann (GLP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2629/2020): Die Covid-19-Pandemie hat sehr viel verursacht. Sie zeigte etwa auf, wo die Schwachstellen in unserem System sind. Dazu gehört die unterbrochene Möglichkeit der Jugendlichen bei der Lehrstellensuche: Schnupperlehren konnten nicht durchgeführt werden; die ersten Erfahrungen auf dem Arbeits- oder Bildungsmarkt waren eine Katastrophe. Wir sagten vor diesem Hintergrund, dass dem entgegengewirkt werden muss. Darum fordern wir in unserem Postulat den Einsatz von intensivem Coaching gemäss «Supported Education». Für uns ist es sehr wichtig, dass dies ab der zweiten Oberstufe eingeführt wird. Schülerinnen und Schüler sollen davon in der Berufswahl begleitet werden, aber auch in der Suche nach einer adäquaten Lehrstelle. Ein weiterer Punkt sind die von uns geforderten Vorlehrklassen. Diese gibt es schon, aber erst, wenn eine Lehre bereits stattgefunden hat und ein einseitiger Abbruch – meistens durch den Ausbilder – stattgefunden hat. Diese Vorlehrklassen, beziehungsweise Klassen für Jugendliche, die keinen Lehrbetrieb haben, garantieren, dass die Lehre nicht abgebrochen wird und keine Bildungslücken entstehen. Ein weiterer Punkt ist die finanzielle Unterstützung der Lehrbetriebe, die bereits Lehrverträge abgeschlossen haben, die aber im Zuge der Pandemie personelle Kürzungen erwägen. Mit diesen finanziellen Unterstützungen möchten wir die Möglichkeit bieten, dass diese Lehrstellen nicht gestrichen und der Zugang zum Bildungsmarkt aufrechterhalten wird. Dieser Vorstoss darf als Pilotprojekt betrachtet werden, mit dem wir die Wirkungen kennenlernen und Anpassungen vornehmen können. Darum enthält er auch eine zeitliche Begrenzung. Es darf in Zukunft nicht so sein, dass wir Firmen und Ausbildungsinstitutionen finanziell unterstützen und dies zu einem Geschäftsmodell wird. In einer aussergewöhnlichen Situation aber, in der wir uns wirtschaftlich, vor allem bei den KMU und in der beruflichen Grundbildung, befinden, sehe ich in einer zeitlichen Begrenzung die Möglichkeit, die Optionen offen zu lassen. Jugendarbeitslosigkeit ist nicht etwas, das nur heute geschieht oder deren Auswirkungen sich auf 12 oder 24 Monate beschränken: Wer keine berufliche Grundbildung oder Ausbildung hat, läuft Gefahr – die Statistiken sagen das – im späteren Erwerbsleben nur schwer Fuss fassen zu können. Mit unserem Postulat möchten wir vorausschauend entgegenwirken und bitten Sie, es zu unterstützen.*

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne)** begründet den namens der Grüne-Fraktion am 1. Juli 2020 gestellten Textänderungsantrag: Als Folge der Corona-Krise wird die Jugendarbeitslosigkeit ab jetzt in den nächsten Jahren stark zunehmen. Die Stellensuche wird immer anspruchsvoller. Betroffen davon sind die LehrabgängerInnen und die SchulabgängerInnen. Insbesondere für die Sekschülerinnen und Sekschüler mit kleinem Bildungsrucksack und wenig Unterstützung von der Familie ist die Suche nach einer Lehrstelle eine wahre Herausforderung, die in Zukunft noch grösser wird. Dafür gibt es konkrete Anzeichen: Beispielsweise wurden in den letzten Monaten zahlreiche Schnupperlehren verschoben oder ganz abgesagt. In der zweiten Sekundarstufe steht die Berufswahl im Fokus. Was unternimmt die Stadt, um Schülerinnen und Schüler bei der Berufswahl und der Lehrstellensuche zu unterstützen? Die Berufsberaterinnen und Berufsberater des städtischen Laufbahnzentrums informieren und beraten vor Ort in den Schulen und Lehrstellencoachings des Laufbahnzentrums unterstützen Jugendliche aus benachteiligten Verhältnissen – meistens sind dies Sek-B-Schülerinnen und -Schüler. Die persönlichen Coachings sind erfolgreich und werden von den Seklehrpersonen gelobt. Leider profitieren nur zirka zwei Jugendliche pro Klasse von diesen Intensivcoachings, mehr Ressourcen stehen offenbar nicht zur Verfügung. Neben den städtischen Aktivitäten gibt es auch spannende private Initiativen, auf die ich aus Zeitgründen nicht eingehen kann. Es wird also schon einiges unternommen, damit den Jugendlichen der Einstieg in die Arbeitswelt gelingt. Davon profitieren die Jugendlichen und die ganze Gesellschaft. Das Gelingen dieses Übergangs ist entscheidend für das Wohl der jungen Menschen und für das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt. Darum ist es in Anbetracht der Corona-Krise opportun, wenn die Stadt ihre Unterstützungsangebote für die Jugendlichen baldmöglichst erweitert, wie es in diesem Postulat beschrieben wird. Warum schlagen wir Grünen eine Textänderung vor? Für uns ist es wichtig, dass diese zusätzlichen Angebote nach fünf Jahren nicht einfach verschwinden. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt nämlich völlig unklar, wie lange diese Corona-Krise noch andauern wird. Zudem wird es auch nach der Krise für gewisse Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen schwierig bleiben, eine Lehrstelle zu finden, weil bei der Besetzung der Lehrstellen immer mehr Qualifikationen verlangt werden. Auch gelingt es den Schulen bis anhin nicht, dass sozial benachteiligte Kinder ihren Bildungsrückstand aufholen können. Weiter wird in den nächsten zehn Jahren die Anzahl Sekschülerinnen und -schüler in der Stadt Zürich gewaltig wachsen und damit auch die Konkurrenz bei der Lehrstellensuche. Wir Grünen unterstützen alle Bestrebungen, um jetzt und in Zukunft Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass die im Postulat beschriebenen Massnahmen nicht a priori zeitlich begrenzt werden sollten, wie es im Postulat steht. Diese Massnahmen sollen weitergeführt werden, falls ihre Wirksamkeit erwiesen wird. Um dies abzuklären, soll nach drei bis vier Jahren eine Evaluation stattfinden. Damit der ganze Text des Postulats mit der Ergänzung kohärent bleibt, sollte im ersten Satz das Wort «maximal» gestrichen werden. Ich bitte Sie um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen:

**Dominique Zygmunt (FDP):** Ich bin froh, können wir über die Situation der jungen Menschen in dieser Stadt sprechen, wie auch über den Zustand des Schweizer Lehrlingswesens. Was diese Krise mit dem Lehrlingswesen gemacht hat, ist eine relevante Frage,

*aber zum Glück kam es nicht so schlimm, wie man im Frühling befürchten musste. Sogar jetzt sind noch immer 10 Prozent der Lehrstellen unbesetzt. Das heisst: Wenn Sie jetzt eine Lehre machen wollen, dann haben Sie immer noch eine Chance, eine Lehrstelle zu finden. Das Schweizer Lehrlingswesen zeichnet sich genau dadurch aus, eine Win-win-Situation zu sein, sowohl für die jungen Menschen, die von der Schule kommen, aber auch für die Lehrbetriebe, die junge Arbeitskräfte erhalten, die sie ausbilden und damit im besten Fall den eigenen Nachwuchs generieren können. Gleichzeitig bieten sie eine Ausbildung, die nahe an den Kunden, am Markt und an der Realität ist – genau das ist die Stärke des Schweizer Lehrlingswesens. Wir teilen die Wertschätzung des Postulats für das Lehrlingswesen, aber wir teilen die Forderung unter dem dritten Aufzählungspunkt nicht. Wir sind dezidiert nicht der Meinung, dass der Staat Lehrbetriebe finanziell unterstützen sollte, wenn er Lehrverträge abschliesst, denn genau dies ist der Bruch mit der Win-win-Situation. Wenn Sie Lehrbetriebe für das Anstellen von Lehrlingen subventionieren, stellen diese Lehrlinge an, für die sie vielleicht gar keine Arbeit haben, weil sie nur das Geld haben möchten. Das ist eine kurzfristige Sicht, die weder dem Lehrbetrieb, der seinen Nachwuchs nicht mehr ausbilden kann, etwas bringt, noch den jungen Menschen, weil sie wissen, dass sie in einem Lehrbetrieb gelandet sind, der sie nur darum anstellt, weil der Staat ihn dafür bezahlt und nicht, weil es dort spannende Arbeit zu verrichten gibt, bei der sie etwas lernen können. Darum beantragen wir Ihnen mit einer Textänderung, den dritten Aufzählungspunkt ersatzlos zu streichen. Würden Sie diese Textänderung ablehnen, lehnen wir das Postulat ebenfalls ab. Wir würden das Postulat ebenfalls ablehnen, wenn Sie die Textänderung der Grünen annehmen.*

**Markus Baumann (GLP)** ist mit der Textänderung [der Grüne-Fraktion] einverstanden: *Ich unterstütze beide Voten in ganz vielen Punkten. Es handelt sich definitiv um eine Win-win-Situation, Dominique Zygmont (FDP), aber im Rahmen von Covid unterstützen wir dermassen viele KMU, von denen wir nicht wissen, ob diese wirklich überleben werden oder nicht. Wir sichern Stellen – gerade in der Gastronomie – und machen viele Ausnahmeregelungen, obwohl wir nicht wissen, ob die Arbeitsplätze gehalten werden können oder nicht. Hier geht es um unsere Zukunft. Im Postulat steht klar, dass wir das begrenzen möchten. Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass wir die einzelnen Punkte nochmals überprüfen können, so wie das auch Dr. Balz Bürgisser (Grüne) in seiner Textänderung vorschlägt. Was bei einer Überprüfung immer miteinbezogen werden muss, ist, dass die Messbarkeit nicht immer einfach ist. Die Postulanten sind aber davon überzeugt, dass man nicht nur einseitig auf Seiten der Coaches handeln und Unterstützung leisten sollte, sondern auch bei den Ausbildnern, die in einer Krise Verantwortung übernehmen. Das muss genauso belohnt werden. Ich gehe davon aus, dass es sich hierbei um kostendeckende Beiträge handelt und nicht irgendwelche Beiträge, die die Bilanz eines KMU verbessert. Wie gesagt: Es darf kein Geschäftsmodell entstehen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Textänderung der FDP ab und nehmen die Textänderung der Grünen an, weil eine Überprüfung stattfinden wird. Mit dieser Überprüfung können wir – sollte es so weit kommen – festlegen, ob wir das Ganze weiterziehen möchten oder nicht.*



4 / 4

#### Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er zeitlich begrenzte berufliche Grundbildungsmassnahmen bis ~~maximal~~ fünf Jahre, zur Vorbeugung von Jugendarbeitslosigkeit mit den folgenden Schwerpunkten zusammenstellen kann.

- Einsetzen eines zeitnahen und intensiven Coachings gemäss Supported Education für Schülerinnen und Schüler ab der 2. Oberstufe, die aktuell noch über keinen Lehrvertrag verfügen.
- Prüfung von sogenannten «Vorlehrklassen» für Jugendliche, die erst nach Ende August einen Lehrvertrag abschliessen, aber trotzdem ins 1. Lehrjahr einsteigen können.
- Finanzielle Unterstützung von Lehrbetrieben für abgeschlossene Lehrverträge sowie das Schaffen von neuen Lehrstellen für Jugendliche mit erschwertem Zugang zum Ausbildungsmarkt.

Die Wirkung dieser Massnahmen ist nach ca. 4 Jahren zu evaluieren. Diese Ergebnisse sind in den Entscheid einzubeziehen, welche Massnahmen weitergeführt werden.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat